

|                           |  |                          |          |
|---------------------------|--|--------------------------|----------|
| <b>Protokoll:</b>         | <b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>                        | <b>Niederschrift Nr.</b> | 129      |
|                           |  | <b>TOP:</b>              | 7        |
| <b>Verhandlung</b>        |  | <b>Drucksache:</b>       | 849/2016 |
|                           |  | <b>GZ:</b>               | T        |
| <b>Sitzungstermin:</b>    | 28.03.2017   |                          |          |
| <b>Sitzungsart:</b>       | öffentlich   |                          |          |
| <b>Vorsitz:</b>           | BM Thürnau   |                          |          |
| <b>Berichterstattung:</b> | der Vorsitzende, Herr Siebers, Herr Dr. Volz (beide Stadtmessungsamt)  |                          |          |
| <b>Protokollführung:</b>  | Frau Westhaus-Gloël / de   |                          |          |
| <b>Betreff:</b>           | <b>Beschaffung und Nutzung von Straßenpanoramabildern als weitere Ergänzung zu Luft- und Schrägluftbildern</b> |                          |          |

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 10.03.2017, GRDRs 849/2016. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) spricht sich dafür aus, noch einmal zu prüfen, ob die Straßenpanoramabilder, die nur verwaltungsintern genutzt werden sollen, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Dass die Stadt sich Straßenpanoramabilder selbst beschaffen müsse, sei ein hausgemachtes Problem, findet StR Conz (FDP). In Deutschland habe eine Kampagne gegen Google Street View letztendlich dazu geführt, dass die Daten, die 2008/2009 erhoben wurden und wegen der hohen Verpixelungsquote im Grunde nicht brauchbar seien, auch nicht mehr aktualisiert würden. Aufgrund der engen gesetzlichen Schranken könnten von den Straßenpanoramabildern leider nicht alle profitieren, sondern nur die Verwaltung.

Herr Dr. Volz berichtet, dass man sich im Zuge der Ausschreibung mit AKR-DSB, den städtischen Datenschützern, abgestimmt habe. Dem Stadtmessungsamt sei nahegelegt worden, keine Bereitstellung auch für die Öffentlichkeit zu ermöglichen. Diese würde das ganze Procedere nach sich ziehen, das auch Google Street View auferlegt worden

sei. Eine Verpixelung von Gebäuden usw. sei innerhalb der stadtinternen Nutzung nicht notwendig. Dazu gebe es Absprachen mit dem Landesdatenschützer.

StR Peterhoff erkundigt sich nach dem Aufwand und den Kosten, die eine Bereitstellung für die Öffentlichkeit mit sich bringen würde. Wenn man darüber Bescheid wisse, könne man, evtl. vor der in zwei Jahren geplanten Aktualisierung der Daten, entscheiden, ob der Aufwand es wert sei.

Herr Siebers vermutet einen "riesigen verwaltungsinternen Aufwand". Wenn ein Eigentümer auf einer Verpixelung bestehe, müsse ein entsprechendes Verfahren angestoßen werden. Bei einer hohen Verpixelungsquote seien die Bilder stadtintern auch weniger nutzbar. Wertvolle Informationen gingen verloren.

BM Thürnau sagt zu, zu prüfen, wie groß der Aufwand wäre, wenn eine Variante der Straßenpanoramabilder unverpixelt hausintern und eine andere Variante für die Öffentlichkeit - entsprechend reduziert - zur Verfügung gestellt wird. Er verweist darauf, dass die Mittel für die zweijährliche Aktualisierung der Straßenpanoramabilder zu den Haushaltsplanberatungen 2018/2019 beantragt werden.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 849/2016 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / de

## Verteiler:

- I. Referat T  
zur Weiterbehandlung  
Stadtmessungsamt  
Hochbauamt (5)  
Tiefbauamt (5)  
Tiefbauamt/SES (6)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)  
AWS (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt  
AKR-DSB
  4. Referat WFB  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SOS  
Statistisches Amt (2)  
Amt für öffentliche Ordnung  
Branddirektion (2)
  6. Referat StU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN